

**Geschäftsführung  
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909  
Fax : (0221) 221-24447  
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 22.11.2016

**Auszug****aus dem Entwurf der Niederschrift der 21. Sitzung des  
Verkehrsausschusses vom 08.11.2016****öffentlich****2.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2016 betr.  
Verkehrsbelastung im Stadtbezirk Mülheim senken!  
AN/1439/2016****Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke vom 06.09.2016  
AN/1452/2016****Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen vom 07.11.2016 "Verkehrsbelastung im Stadtbezirk Mülheim  
senken" - Optimierung Pendlerverkehre zwischen Köln und dem Rhei-  
nisch-Bergischen Kreis  
AN/1834/2016**

RM dos Santos Herrmann verweist seitens der SPD-Fraktion im Wesentlichen auf ihre Ausführungen in der vergangenen Sitzung. Den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne sie zwar grundsätzlich inhaltlich teilen; sie vermisse allerdings die Forderung zur Verlängerung der Linie 3. Dennoch sei sie gern zur konstruktiven Auseinandersetzung bereit. Sinnvoll erscheine ihr – wie vor Eintritt in die Tagesordnung bereits ausgeführt - zunächst die Stellungnahme der Verwaltung abzuwarten, um eine bessere Einschätzung der einzelnen Maßnahmen im Hinblick auf Finanzierbarkeit und Realisierungschancen vornehmen zu können.

Für die CDU-Fraktion bestätigt RM Michel, dass man durchaus auf einen gemeinsamen Nenner kommen könne und auch sollte. Insofern könne er sich dem Vorschlag, zunächst eine Einschätzung der Verwaltung abzuwarten, anschließen.

Vorsitzender Wolter merkt an, dass der Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiter greife und detaillierter sei. Aber auch er präferiere einen breiten Beschluss möglichst aller Fraktionen und hält eine Vertagung in die kom-

mende Sitzung für Ziel führender als eine Kampfabstimmung in der heutigen Sitzung. Er rege an, dass die Fraktionen sich bis dahin untereinander verständigen.

RM Weisenstein bedauert die erneute Vertagung. Die Zeit dränge und auch die eindeutigen Gerichtsurteile ließen dringenden Handlungsbedarf erkennen. Er plädiere dafür, auch den Änderungsantrag seiner Fraktion, der im Grunde genommen den Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim aufgreife, in die Prüfung und Stellungnahme der Verwaltung mit einzubeziehen.

Weiterhin weist er darauf hin, dass der Rat in seiner letzten Sitzung einen Runden Tisch zum Thema „Feinstaub“ beschlossen habe. Dieser habe bereits einmal getagt, nach seinen Informationen zusammen mit diversen Verbänden. Er möchte die Verwaltung nachdrücklich darauf hinweisen, dass eine Teilnahme der verkehrspolitischen Sprecher an diesem Runden Tisch sinnvoll und wünschenswert wäre.

RM Houben merkt an, dass die FDP-Fraktion einen anderen Blickwinkel auf die vorliegenden Anträge habe und die vorliegenden Anträge sich durchaus sehr voneinander unterscheiden. Der Antrag der CDU und Bündnis 90/Die Grünen zielen auf reine ÖPNV-Maßnahmen ab; Maßnahmen, die jedoch erst in 5-10 Jahren umgesetzt werden können, helfen den Menschen vor Ort nicht. Er bezweifle, dass die vorliegenden Anträge übereinander gelegt werden können.

SB Ott erläutert erneut ausführlich die Vorgeschichte zum SPD-Antrag und macht deutlich, dass eine gezielte Bündelung aller denkbaren Maßnahmen, auch wenn sie bereits beschlossen seien, ein sinnvolles Vorgehen sei. Die Zweifel, die Herr Houben angesprochen habe – Verknüpfung der beiden Anträge – hege er zum jetzigen Zeitpunkt auch. Er habe jedoch die Hoffnung, dass die Stellungnahme der Verwaltung eine gemeinsame Vorgehensweise in dieser Problematik möglich machen werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bedankt sich zunächst für die konstruktiven Beiträge. Bedauerlicher Weise habe die Verwaltung die gewünschte umfangreiche Stellungnahme bis zur heutigen Sitzung nicht rechtzeitig fertigstellen können. Nicht nur auf politischer Ebene auch auf Verwaltungsebene setze man sich derzeit konstruktiv und intensiv mit möglichen Maßnahmen auseinander. Ggf. werde die Verwaltung auch im Vorgriff auf die nächste Sitzung zu einem gesonderten Termin einladen.

Der von Herrn Weisenstein angesprochene Runde Tisch „Feinstaub“ bereite im Wesentlichen die Fortschreibung des Luftreinhalteplans vor. Ein erstes Treffen mit einer Sammlung von Ideen habe in der Tat stattgefunden. Herr Dr. Rauh werde dieses Thema zusammen mit der Bezirksregierung weiter aufbereiten.

Abschließend sagt er zu, die im Entwurf vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zu ergänzen und in der kommenden Sitzung vorzulegen und darüber hinaus – sofern die Fraktionen einverstanden seien – zu einem gesonderten Termin kurzfristig einzuladen.

Die Anwesenden sind mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

- Die Beschlussfassungen werden einvernehmlich vertagt.